

Wohin treibt die europäische Union?

Discours de Monsieur le Ministre des Affaires étrangères et européennes
Tag des deutschen Familienunternehmens 2016

Berlin
Samedi, 11 juin 2016

*

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Es ist eine große Ehre und auch eine große Freude heute Morgen bei Ihnen sein zu dürfen.

Die Europäische Union steht vor Herausforderungen, die so tiefgreifend sind, dass eine Debatte über ihre Grundprinzipien und Kernerrungenschaften immer unausweichlicher erscheint. Ständig ist die Rede von Krisen; sei es die Flüchtlingskrise, die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Sicherheitskrise, die Krisen an den Grenzen Europas. Immer häufiger wird auch die Legitimität der Europäischen Union in Frage gestellt. Einige Kritiker sprechen sogar von einer fundamentalen Existenzkrise des europäischen Projekts.

Es ist nicht weiter verwunderlich, dass sich so bei vielen Bürgern eine gewisse Krisenmüdigkeit eingestellt hat. In vielen Ländern der Europäischen Union sind Bewegungen entstanden, die behaupten, die EU selbst sei das Problem, und nicht etwa die Lösung der Probleme vor denen wir stehen. Die Gefahr besteht, dass die Europäische Union plötzlich einer Dynamik gegenüber steht, die darauf hinauslaufen könnte, die erfolgten Integrationsschritte rückgängig zu machen. Desintegration

statt Integration, Rückschritt statt Fortschritt wären die Folgen einer solchen Dynamik und das mit unvorhersehbaren Konsequenzen für uns alle.

Daher ist es sinnvoll, dass wir uns heute Morgen – am Tag des deutschen Familienunternehmens - die Frage stellen, wohin die Europäische Union *treibt*. Doch will ich die Frage etwas umformulieren, denn sollten wir uns nicht vielmehr fragen, wohin die Europäische Union *steuert*? Bei vielen Bürgern ist mittlerweile der Eindruck entstanden, dass es sich bei der Europäischen Union um einen nicht *steuerbaren* Koloss handelt, der scheinbar plan- und orientierungslos vor sich hintreibt. Manche haben das Gefühl vom europäischen Integrationsprozess ausgeschlossen zu sein. Viele sind der Meinung sie könnten den europäischen Prozess nicht sinnvoll mitgestalten, geschweige denn mit*steuern*.

Dieser Eindruck ist auf die Komplexität des Mehrebenensystems der Europäischen Union zurückzuführen. Ein solches System mag vielen unverständlich und schwerfällig erscheinen, doch es ist historisch so gewachsen und nicht einfach zu erneuern! Immerhin ist die Europäische Union ein kooperativer Staatenbund mit über 500 Millionen Einwohnern, in dem Souveränität gezielt und zweckorientiert gebündelt wird. Seien wir realistisch: gelingen kann ein kooperatives Zusammenarbeiten zwischen hochkomplexen modernen Rechtsstaaten nur in einem Mehrebenensystem. Ich wage gar zu behaupten, dass ansonsten bald nur noch das Recht des Stärkeren gelten würde!

Die Vorteile eines solchen Systems, trotz seiner Komplexität, überwiegen. Bevor wir uns also über die Nachteile beklagen, sollten wir lernen mit diesem System umzugehen um es nach und nach verbessern. Nur in einem Mehrebenensystem kann es den beteiligten Mitgliedstaaten – die in vielerlei Hinsicht grundverschieden voneinander sind - gelingen, an den Lösungen für Probleme, welche die individuellen Möglichkeiten der Mitgliedstaaten übersteigen, mitzuwirken. Kein Mitgliedstaat der Europäischen Union verfügt über die Mittel alleine mit grenzüberschreitenden Herausforderungen umzugehen. Grenzüberschreitende Probleme kann man nur mit strukturierter grenzüberschreitender Zusammenarbeit lösen. Aus diesem Grund brauchen wir den Mehrwert den wir durch Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union erreichen.

Fest steht aber auch, dass - bei aller Komplexität der Strukturen - das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union wieder hergestellt werden muss –

und bei dieser Aufgabe müssen alle Mitgliedstaaten Verantwortung übernehmen und gemeinsam am europäischen Projekt mitwirken. Nur so können wir das Akzeptanzproblem der Union nachhaltig lösen. In diesem Zusammenhang gibt es genügend konkrete Schritte, die wir nehmen können, und ich möchte auf einige davon etwas genauer eingehen.

Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind noch immer spürbar. Um diese Krise endgültig zu überwinden, müssen wir jedoch mehr unternehmen, insbesondere um die Wirtschaft weiter anzukurbeln. Die Familienunternehmen - als Herz vieler Volkswirtschaften - können hierbei eine entscheidende Rolle spielen!

Insbesondere die deutschen Familienunternehmen sind sehr häufig grenzüberschreitend aktiv und einige von ihnen haben Teile ihrer Produktion in andere EU-Mitgliedstaaten angesiedelt. Für diese Unternehmen ist daher ein gut funktionierender europäischer Binnenmarkt von großer Bedeutung, besonders in einem Umfeld das von einer zunehmenden Globalisierung geprägt ist. Der Binnenmarkt verfügt über ein enormes Potenzial was bis dato noch nicht völlig ausgeschöpft werden konnte. Erfreulich ist es daher, dass die Europäische Kommission im Oktober 2015 einen Fahrplan veröffentlichte, der auf eine Verwirklichung des politischen Versprechens von Kommissionspräsident Juncker abzielt: das Potenzial des Binnenmarktes vollständig zu entfalten.

Natürlich müssen die allgemeinen Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung des Binnenmarkts stimmen: diesbezüglich spielen Investitionen eine Schlüsselrolle. Seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise leidet die EU unter einem zu niedrigen Investitionsniveau. In diesem Zusammenhang spielt die von der europäischen Kommission gestartete Investitionsoffensive eine bedeutende Rolle. Ihre Schwerpunkte sind die Beseitigung von Investitionshindernissen, die Unterstützung von Investitionsvorhaben durch Öffentlichkeitsarbeit und technische Unterstützung sowie eine intelligenterere Nutzung neuer ebenso wie schon vorhandener finanzieller Ressourcen.

Inzwischen unterstützt der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) bereits 64 Projekte und bringt Investitionen von mehr als 100 Milliarden Euro in der Europäischen Union auf den Weg. Dabei ermuntert die Europäische Kommission lokale Behörden, Unternehmen und Projektträger dazu, den EFSI kombiniert mit EU-Strukturfonds für Zukunftsinvestitionen einzusetzen. Anfang dieses Monats, also etwa ein Jahr nach der Einrichtung des EFSI, hat die Kommission eine Analyse

vorgestellt, die auf jene Elemente eingeht die im Rahmen der Investitionsoffensive gut funktionieren. Die Analyse zeigt jedoch ebenfalls auf was noch verbesserungsfähig ist. Insgesamt stellen wir fest, dass der von der Europäischen Investitionsbank verwaltete Fonds auf dem guten Weg ist: bis Mitte 2018 ist vorgesehen mindestens 315 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen für die Realwirtschaft zu mobilisieren. Zudem wurde Anfang Juni ein weiterer Bestandteil der Investitionsoffensive, das Europäische Portal für Investitionsvorhaben (EIPP) offiziell auf den Weg gebracht. Das EIPP ist eine Online-Plattform, die europäische Projektentwickler und Investoren aus der EU und anderen Ländern zusammenbringt und darauf abzielt die Sichtbarkeit investitionsfähiger Projekte in ganz Europa zu erhöhen.

Für die Zukunft der europäischen Wirtschaft spielt Innovation ebenfalls eine Schlüsselrolle. In der Tat: die wesentliche Antriebskraft des Wirtschaftswachstums in der EU ist die Innovation! Ein zentrales Instrument in diesem Zusammenhang ist die Innovationsunion, eine Initiative, die zahlreiche konkrete Maßnahmen und Impulse für ein innovationsfreundliches Europa umfasst. Die Innovationsunion ist Teil der Strategie Europa 2020, deren Ziel ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum ist. Durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen sowie des Zugangs zu finanzieller Unterstützung für Forschung und Innovation in Europa können wir sicherstellen, dass aus innovativen Ideen Produkte und Dienstleistungen hervorgehen können, die das Wachstum fördern und Arbeitsplätze schaffen. Ohne die Innovationstätigkeit von Familienunternehmen kommen wir jedoch keinesfalls voran: Studien haben gezeigt, dass Familienunternehmen große Innovationsvorteile aufweisen und, dass wir daher nicht auf den wichtigen Beitrag, den diese Unternehmen leisten, verzichten können.

Eine weitere Grundbedingung für das einwandfreie Funktionieren des Binnenmarkts ist, dass es uns gelingt den Schengen-Raum zu bewahren. Zurzeit setzen sich in ganz Europa vermehrt nationale Reaktionen und Handlungen durch – insbesondere in Bezug auf die EU-Grenzen. Die Skepsis in Europa wächst sowie die Furcht vor einer unkontrollierten Einreise von Flüchtlingen und vor Terroranschlägen auf europäischem Boden. Ein Rückzug auf nationale Grenzen als einzige Schutzlinie wird vermehrt in Erwägung gezogen, unterstützt durch populistische, anti-europäische oder xenophobe Sichtweisen, welche das Schengen-Abkommen in Gefahr bringen. Dabei scheinen viele bereit zu sein, auf die wirtschaftlichen Vorteile, die das Schengen-Abkommen eindeutig bietet, zu verzichten. In einer neulich veröffentlichten Studie hat das Jacques Delors Institut aufgezeigt, dass ein Ende von

Schengen den Euroraum sowie den europäischen Binnenmarkt stark beeinträchtigen würde. Man kann davon ausgehen, dass der so angerichtete wirtschaftliche Schaden im Schengen-Raum ganze 63 Milliarden Euro jährlich betragen könnte. Insbesondere der Binnenhandel würde darunter leiden. Es gilt also, das Schengen-Abkommen zu bewahren.

Eine weitere Baustelle der Europäischen Union stellt die Wirtschafts- und Währungsunion dar. In diesem Zusammenhang müssen wir weitere Anstrengungen unternehmen, um die Währungsunion durch Vertiefung zu stabilisieren. Deutschland und Frankreich haben angekündigt, noch bis vor Ende des Jahres 2016 einen gemeinsamen Vorschlag zur Wirtschafts- und Währungsunion vorzustellen. Eine solche Initiative würde in die richtige Richtung gehen. Zweifelsohne stellt sich in vielerlei Hinsicht die Einsicht ein, dass es notwendig ist, die Währungsunion zu vollenden, um die Gefahr einer erneuten Wirtschafts- und Finanzkrise endgültig zu bannen. Der sogenannte Bericht „der fünf Präsidenten“ offenbart hierfür eine sinnvolle Grundlage. In diesem Bericht haben Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, Donald Tusk, Präsident des Euro-Gipfels, Jeroen Dijsselbloem, Präsident der Euro-Gruppe, Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank, und Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments konkrete Pläne vorgelegt, wie die Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 2015 an vertieft und bis 2025 vollendet werden soll. Die Vorschläge dieses Berichts sind pragmatisch und erlauben es uns, ohne Veränderung der Europäischen Verträge, die Schlüsselemente der Wirtschafts- und Währungsunion zu stabilisieren. Dazu gehört ebenfalls die Schaffung einer gemeinsamen Einlagensicherung – sie stellt die *notwendige* dritte Säule der Europäischen Bankenunion dar.

Einen Rückbau der erwähnten unvollendeten Integrationsprojekte oder eine allgemeine Stagnation sollten wir verhindern: es steht wirtschaftspolitisch einfach zu viel auf dem Spiel! Das gilt für die einzelnen Bürger, für alle Mitgliedstaaten und insbesondere für die Unternehmen.

In jedem Falle jedoch dürfen wir nicht zulassen, dass die Europäische Union vor sich hintreibt und vor den globalen Herausforderungen in die Knie geht. Deshalb müssen wir intensiv darüber diskutieren, wohin die Reise gehen soll. Und das tun wir, indem wir uns im Mehrebenensystem der Europäischen Union aktiv einbringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Wir Europäer sind in einer sonderbaren Lage: wir stehen vor der Tatsache, dass wir uns im Grunde an keinem bereits existierenden Modell orientieren können. Die europäische Integration ist ein weltweit einzigartiges Projekt! Wir müssen uns also durch die vorliegenden Krisen kämpfen und unseren eigenen Weg finden. Dafür müssen wir den notwendigen Mut aufbringen!

Die Europäische Union ist letztendlich weitaus mehr als ein Mehrebenensystem und eine Wirtschaftsunion, sondern vor allem eine Werteunion. Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union besagt unmissverständlich: „die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören“. Diese konkreten Werte leben wir - zu diesen Werten stehen wir und diese Werte vermitteln wir auch nach außen. Der Vertrag deutet zudem an, dass diese Werte allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam sind, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet. In der Tat, seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags im Jahr 2009 sind alle diese von der EU garantierten Rechte in der Grundrechtecharta verankert. Darüber hinaus möchte ich die Grundrechtecharta der Union verweisen: der Lissabonner Vertrag hat auch die bereits Ende 2000 feierlich unterzeichnete Grundrechtecharta der Europäischen Union zu einem Teil des Primärrechts gemacht.

Leider muss man feststellen, dass einige Mitgliedstaaten diese Werteunion in Frage stellen. Diese Entwicklung ist gefährlich und wir können nicht zulassen, dass Nationalismus und Populismus die Leitlinien und Ziele der Europäischen Union in Frage stellen. Wir müssen darauf achten, dass die Europäische Union nicht von ihrer geraden Linie in Sachen fundamentale Werte und Rechtsstaatlichkeit abweicht.

Und schließlich darf nicht hingenommen werden daß in der EU ein Mitgliedstaat es wagt die Unabhängigkeit der Justiz zu biegen, dass seine öffentlichen Medien geknebelt werden, daß die Grundwerte, ja die Rechtsstaatlichkeit verwässert wird.

Das Prinzip der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten gibt es nicht in der EU. Innere Angelegenheiten sind EU-Angelegenheiten wenn es um die Grundwerte geht die die EU auszeichnet. Hier darf es kein Zögern oder Verharmlosen, gar

Gleichgültigkeit aufkommen. Es ist die Rolle der EU-Kommission sich mit voller Kraft hier einzubringen.

Die Missachtung der fundamental-demokratischen Spielregeln einer Mitgliedsregierung ist der EU unwürdig und braucht massive Gegensteuerung.

Die EU kann ein Mitgliedland verlieren und sich dabei schwer verletzen. Dies wäre schlimm aber nicht fatal. Es ging weiter.

Fatal wäre der Verlust seiner eigentlichen Daseinsberechtigung, seiner Essenz. Es wäre der sichere langsame Tod. Es ginge nicht weiter.

Nichts ist politischer als die Wirtschaft, nichts ist europäischer als die soziale Verpflichtung der Wirtschaft. Das Friedenprojekt Europa muss auch ein soziales Friedensprojekt sein. Als kleiner Sozialdemokrat bin ich überzeugt daß viele große deutsche Familienunternehmer mithelfen die EU nicht treiben zu lassen sondern helfen sie wieder steuerbarer zu gestalten.

Auch die Wirtschaftslokomotive Deutschlands sollte aus ihrer Stärke heraus die Kraft aufbringen gegen alles zu steuern was Egoismus, Arroganz, Intoleranz, ja verkappten Nationalismus höher Einstuft als EU-Gemeinschaftsgeist und gelebte politische Solidarität.

Deutschland mit seinen mächtigen Familienunternehmen ist mitausschalgebend für eine geradlinige Einstellung zur EU. Das heißt einem Europa das die Lehren der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts gezogen hat und mit der geladenen Kraft von 1989 den Generationen die heute ins 22. Jahrhundert hineinleben einen Rahmen ohne Krieg, ohne Hass, ohne Rassismus garantieren.

Haben Sie vielen Dank.

*

*

*